

Correspondent

Ersteinst
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 2. März 1905.

№ 25.

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Bei uns **Buchdruckern** warf die Generalversammlung des Verbandes ihre Schatten schon voraus: im „**Corr.**“ wurde mit dem Leeren des Füllhorns von Wünschen begonnen. Der drohenden hitzigen Debatte um die Witwenunterstützung brach der Eiferste Artikel mit der gründlichen Beleuchtung der Unausführbarkeit dieser Idee die Spitze ab. Da in die Berichtszeit auch die Veröffentlichung der Jahresberichte fiel (die erst zum Teile eine Beherzigung der verschiedentlich gegebenen Anregungen aufwiesen) und die Vorstandswahlen auch einen ansehnlichen Umfang erreichten, so war an Abwechslung im „**Corr.**“ jedenfalls genug gegeben. Hinzu kamen die bekannten Differenzen in Leipzig, welche beziehungsweise auswärts viel richtiger in ihrem prinzipiellen Schwerpunkt erfaßt wurden als in Leipzig selbst, trotzdem der sogenannte Generalstab es an entsprechender Aufklärung doch durchaus fehlen ließ. Von den Unterholzerischen Enthüllungen über den Gutenbergbund wird der erste Artikel allgemeines Interesse gefunden haben, wie dieser Teil denn auch schon direkte Erfolge zeitigte. Der Abschluß des Verbandes über das dritte Quartal weist eine Vermögenszunahme von 58265,39 Mk. und ein Anwachsen der Mitgliederzahl um 611 nach. Die vom Tarifamt empfohlene Regelung der Vertrauensmännerfrage will den in dieser Richtung verschiedentlich, keineswegs aber allgemein vorhandenen Schwierigkeiten begegnen; sie kann es, wenn man auf beiden Seiten den guten Willen dazu hat. Der Vorschlag unter Punkt 3 sagt übrigens deutlich genug, daß Berliner Verhältnisse und in Berlin sich herausgebildete Mißstände die Ursache zu diesem Schritte des Tarifamtes bildeten. Einen vollen Erfolg stellt aber die staatliche Anerkennung der Tarifgemeinschaft in Bayern dar. So reichhaltig ist noch keine Sympathieumgebung für das Gewerbegezeir der Buchdrucker ausgefallen und so energisch haben noch keine Anordnungen gelaute, die nun den schönen Worten tatkräftige Erfüllung bringen sollen. Bayern ist damit noch dem württembergischen Staate mit seinem Tarifverlaß übergekommen. Doch wie der Mensch nie zufrieden ist, so bleibt auch bei uns noch ein Wunsch offen, nämlich der, auch den Amtsblättern die Tarifanerkennung zur Pflicht zu machen. Haben solche Druckereien keine staatlichen Druckarbeiten — den Gemeindebehörden kann die Befolgung des von der bayerischen Regierung eingenommenen Standpunktes nur empfohlen werden — so können diese trotzdem in ihrer seitigeren Indifferenz verharren, denn es heißt in jener Verfügung: „Die Abgabe amtlicher Inserate an Tagesblätter gilt nicht als Druckauftrag des Staates“. Bestände diese Einschränkung nicht, so müßten z. B. die Thiemische Buchdruckerei in Kaiserslautern sowie die von Emil Sommer in Grünstadt ohne weiteres an den vielgehagten Tarif heran, während man so nur die Hoffnung hegen kann, daß die betreffenden Stadtverwaltungen nun den nötigen Druck ausüben werden. Auf dem Rathause in Kaiserslautern war man allerdings den Eingaben der Buchdrucker bis jetzt gar nicht grün, indes in Grünstadt das Stadtbauch beim vorjährigen Johannisfest den Buchdruckern schon durch Festlichkeits freundliche Bestimmung bezeugte. Nach dem Berichte unserer Hauptverwaltung für den Dezember 1904 hätten wir 2,49 Proz. Arbeitslose gehabt, gegen 2,68 Proz. im November 1904 und 2,80 Proz. im Dezember 1903.

Das Organ der **Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter** leistet sich in seiner Nr. 4 einmal wieder Großartiges. Daß die „Solidarität“ dem „**Corr.**“ in besonderer Freundschaft zugeht, macht uns schon lange großen Kummer, und nun müssen wir es gar erleben, wie das Hilfsarbeiterorgan von den Furien des Befolgungswahnes zugeht. Und das hat alles der böse „**Corr.**“ getan! Wir haben früher schon einmal behauptet, die „Solidarität“ habe sich in die fixe Idee vermannt, daß der „**Corr.**“ der ärgste Feind der Hilfsarbeiterorganisation wäre. In Nr. 4 will sie uns anscheinend den Beweis liefern, daß wir mit dieser Meinung uns nicht auf dem Holzwege befinden. Unter dieser Rubrik

ollen wir nämlich in Nr. 11 ein Urteil über in Berlin vorgekommene Konflikte der Hilfsarbeiter gefällt haben, das, wie ein Ei dem andern gleicht, mit einer Notiz aus „**Presse, Buch, Papier**“ übereinstimmen soll. Das ist wenigstens die eine Behauptung. Die andere, gleich danach folgende, lautet aber schon, wir hätten die Tätigkeit genannter Organisation noch schlechter beurteilt und wegwerfender behandelt als jenes Unternehmerorgan. Die Sache liegt aber so, daß einmal der Inhalt in fraglicher Notiz in „**Presse, Buch, Papier**“ (übrigens kein Unternehmerblatt, sondern ein neutrales Fachblatt, verehrte „Solidarität“!) nicht bestritten wird, daß zweitens dieses Fachblatt der Redaktion der „Solidarität“ sogar so kompetent erscheint, um in demselben Artikel zwei größere Notizen aus demselben wörtlich vorweg zu bringen. Der Vorwurf, wir hätten uns durch eine Anfrage bei der Verbands- oder der Berliner Ortsverwaltung der Hilfsarbeiter besser informieren sollen, ermagelt auch nicht einer wunderbaren Logik, denn in demselben Artikel bringt die „Solidarität“ Ausführungen der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ und des „Leipziger Tageblattes“ über die Bewegung in Leipzig, um antwärtend nur Nichtigstellungen davon vorzunehmen. Wäre in diesem Falle eine Anfrage bei der Leipziger Ortsverwaltung und eine Darstellung von seiten dieser nicht richtiger gewesen als das Zitieren von Unternehmerblättern? Wir haben uns also lediglich des Verbrechens schuldig gemacht, von einem andern Gesichtspunkte aus unsere Meinung über die Berliner Vorgänge zu sagen, an der aber kein Mensch mit gefunden fünf Sinnen etwas arges finden wird. Die am meisten beanstandete Stelle, daß man auf jener Seite unseren Verband bei Austrag selbst der kleinsten Differenzen als Vorpaum benutzen möchte, ist ja auch kein leeres Geschwafel; wir erinnern nur an den Fall Hannover. Daß unsre liebe Waise blindwütig auf uns loswertet, beweist die Behauptung, in der Gewerkschaftsüberblick fände fast regelmäßig die Hilfsarbeiterorganisation die denkbar oberflächlichste Beurteilung bzw. Aburteilung, zeigt ferner die Liebesschwärze, vom „**Corr.**“ als einer Arbeiterzeitung in Grünstädten zu reden. Auf letzteres dummes Geschwafel wollen wir jedoch nicht reagieren, denn diese „Behauptung“ ist eine geistige Anleihe bei anderen Leuten. Damit aber Unwahrheiten nicht unwiderprochen bleiben, sei hier festgestellt, daß im vergangenen Jahre von den monatlichen Gewerkschaftsüberblicken die über April, Mai, Juni, Juli, Oktober und November keine einzige Zeile über die Hilfsarbeiterorganisation enthielten, daß weiter die über Februar (24 Zeilen) und März (38) auch keine „oberflächliche Beurteilung“ dieses Verbandes, wohl aber eine Kritik über die Ausplünderung unserer Rundschau durch die „Solidarität“ bzw. die ungeschöne Handlungsweise bezüglich der Quellenangabe brachten, so daß also in Wirklichkeit nur die Ueberblick vom Januar 3, die vom August 10, die vom September 14 und die vom Dezember 18 Zeilen (unser letztes Verbrechen) über die Hilfsarbeiterorganisation selbst enthielten, im ganzen Jahre 1904 mithin 45! Und warum nimmt sich wohl der Gewerkschaftschronist der Hilfsarbeiterfrage nicht mehr an? Darauf ist zu antworten, daß in erster Linie die Bedeutung der Vorgänge in einer Organisation ausschlaggebend ist für eine Behandlung unter dieser Rubrik (unter „**Tarifbewegung**“) geben wir z. B. in dieser Nummer auf die jegliche Aktion der Hilfsarbeiter ein, daß zweitens aber die sprichwörtliche Voreingenommenheit der „Solidarität“ gegen den „**Corr.**“ uns die Luft vergrößert, mehr zu tun als nur irgend notwendig, denn mit keinem Gewerkschaftsblatte haben wir ständig so viel Widerwärtigkeiten. Was die „Solidarität“ eigentlich von uns will, wissen wir schon lange, und sie sagt es in ihrer Nr. 4 auch wieder deutlich, nämlich: „... wenn die „**Corr.**“ Redaktion sich erst dazu durchgerungen hätte, unsre Arbeit und Bedeutung nach ihrem Werte zu erweisen, dann dürfte des öfteren für uns ein Raum im „**Corr.**“ zur Verfügung stehen, der anderes bringt...“ Der „**Corr.**“ verkennet also eine seiner Hauptaufgaben, die Propaganda für die Hilfsarbeiterorganisation, ganz und gar — folglich ist er keine „Arbeiterzeitung“. Der „**Corr.**“ will sich nicht zum Prügelgelenk für Streit- und Zeitfragen dieses Verbandes und sonstige Schmerzen seines Organs hergeben, obwohl letzteres nur in recht wenigen Nummern dazu keine Gelegenheit bietet — ergo ist er

wieder keine „Arbeiterzeitung“. Der „**Corr.**“ befißt schließlich die Freiheit, nach dem viel gepredigten Prinzip „Gleiches Recht für alle“ für sich dieselbe Behandlung in Anspruch zu nehmen, die andere Blätter bei der „Solidarität“ finden — also ist er ganz und gar keine „Arbeiterzeitung“. Weil dem nun einmal so ist, darum meint die „Solidarität“ ganz richtig: „so kann es nicht weiter gehen“. Nein, so soll es auch nicht weiter gehen, denn wir haben die Anreize und die Aufgeblasenheiten der „Solidarität“ sowie die uns zugemutete Rolle eines Propagandachefs wirklich überfakt. Also Gott befohlen, Frau Waise!

Bei den **Steindruckern** und **Lithographen** haben sich die in 82 Orten abgehaltenen Versammlungen für die Verschmelzung des Geseleberbundes mit der Hauptorganisation in diesem Berufe erklärt. Es werden nunmehr die zum 21. April nach Berlin einberufenen Generalversammlungen beider Vereinigungen das letzte Wort zu sprechen haben, vom 23. April ab findet dann eine kombinierte Generalversammlung statt.

Eine für die Wstingler in unjeren Reihen gewiß freudige Nachricht wollen wir von den **Holzarbeitern**, und zwar von den Bau- und Möbelmachern in Karlsruhe, vermelden. Unter der Bedingung des gänzlichen Verzichtes auf alkoholisches Getränke während der Arbeitszeit und den Pausen ist denselben nämlich eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde zugesprochen worden. Um diesen Preis dürften auch die Buchdrucker zu einem Entgegenkommen bereit sein.

Der Verband der **Handels- und Transportarbeiter** will intelligente jüngere Mitglieder ausbilden lassen, um sich einen Stamm brauchbarer Beamten heranzuziehen. Die Kosten dieser Bildungsstufe trägt die Organisation, welche zu diesem Zwecke 10 Pf. vierteljährlich von jedem ihrer Angehörigen erhebt.

Die Organisation der **Gastwirtsgehilfen** hat an den Bundesrat und den Reichstag eine Petition gerichtet, betreffend die gesetzliche Festlegung eines sechsunddreißigstündigen wöchentlich wiederkehrenden Ruhetages. Die Gastwirtsvereinigungen sind bekanntlich eifrig bestrebt, an der Bundesratsverordnung für das Gastwirtsgeverbe eine Korrektur herbeizuführen, welche die vierundzwanzigstündige Ruhezeit aller vierzehn Tage bzw. drei Wochen beseitigen soll, die Gastwirtsgehilfen wollen dem mit dieser Eingabe vorbeugen.

Zum Vorsitzenden des Gesamtverbandes der **christlichen Gewerkschaften** ist der Vorsitzende Schiffer vom christlichen Zertilarbeiterverbande gewählt worden. Brust ist also auch hier definitiv ab.

Die christliche Gewerkschaftspresse umfaßt achtzehn Blätter, von denen zwei in polnischer Sprache erscheinen.

Wozu die christlichen Gewerkschaften dienen sollen, spricht der Schlofermeister Krieger, ein engagierter Parteigänger des Zentrums am Niederrhein, recht offen aus. Christliche Gewerkschaften haben nach ihm nur den Zweck, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen, nicht aber haben dieselben auf die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder einzuwirken. Tarifgemeinschaften seien für das Handwerk am besten zu verwirklichen. Der gute Herr Krieger wird die christlichen Gewerkschaften schwerlich befehlen können, denn auf jener Seite versteht man unsre Zeit besser als Leute vom Schläge Kriegers usw.

Der **deutsche Arbeitsmarkt** spiegelte im Januar die gewaltige Erschütterung der Montans, der Eisens- wie der Maschinenindustrie durch den Bergarbeiterstreik im Ruhrreviere nicht wieder. Wenn daher an den öffentlichen Arbeitsnachweisen auf hundert offene Stellen 153,2 Arbeitsuchende kamen gegen 162,9 im Dezember 1903 und 161,5 im Januar 1904, so ist damit deutlich ausgedrückt, daß hier die Rückwirkungen dieses Kampfes, obwohl Tausende anderer Berufe davon in Mitleidenschaft gezogen wurden, gar keine Spuren hinterlassen haben. Es ist das erklärlich, weil die Betroffenen die Sache mehr als ein Aussehen denn als Arbeitslosigkeit ansehen. Im allgemeinen war also der Beschäftigungsgrad im Januar ein befriedigender.

Auf dem internationalen Arbeitsmarkte sah es im Dezember und zu Beginn des Jahres 1905 gar nicht trostvoller aus. In England nahm die Arbeitslosigkeit einen noch höhern Grad an, so daß Notstands-

aktionen unternommen werden mußten. Bei den organisierten Arbeitern erhöhte sich die Prozentzahl der Unbeschäftigten auf 7,6 Proz. gegen 6,7 Proz. im Dezember 1903, im Januar ging die Arbeitslosigkeit jedoch wieder auf 6,8 Proz. zurück. In Frankreich war die Arbeitslosigkeit ebenfalls sehr groß. In Spanien herrschte eine arge Notlage unter der arbeitenden Bevölkerung, gesteigert durch enorme Verteuerung der Lebensmittel. In Barcelona schätzt man die Arbeitslosen auf 40 000, in ganz Katalonien auf 150 000. In Amerika macht dagegen die Beförderung der wirtschaftlichen Verhältnisse befriedigende Fortschritte.

Der Zahl der beginnenden Streiks und Ausweisungen nach war der Januar ebenso wenig von Bedeutung wie der Dezember, statt dreizehn waren eigentlich nur vierzehn neue wirtschaftliche Kämpfe in Deutschland zu registrieren. Daß trotzdem kein Monat noch solche Heere von Ausständigen und solche Wogen der Streibewegung sah wie der Januar 1905, wird im Schlusssatzartikel noch näher veranschaulicht werden.

Die internationale Streikbewegung hat infolge der Bergarbeiterkämpfe in Deutschland und der Ereignisse in Rußland den Januar ebenfalls als eine Kampfsperiode ohnegleichen zu vermerken; die Zahl aller im Januar Ausständigen ist mit 500 000 eher zu niedrig, denn zu hoch gegriffen. In den übrigen Ländern war die Streikbewegung nicht besonders bemerkenswert. Daß Frankreich und England trotz der sehr gedrückten Geschäftslage 68 Ausstände gegen 28 im Dezember mit 10 656 Beteiligten gegen 3940 aufzuweisen hatten, muß allerdings sehr verwundern. In Amerika haben die Ausstände ebenfalls an Zahl, wenn auch nicht an Bedeutung zugenommen. In Norwegen passierte ein merkwürdiger Vorgang. Einen größeren Streik hatten die Ausständigen schon verloren gegeben, weil alle Plätze besetzt waren mit Streikbrechern. Auf einmal brachen Differenzen zwischen diesen und dem Unternehmer aus, die Arbeit wurde niedergelegt, und nun war der Sieg der Ausständigen sicher.

In der **Tarifbewegung** sind aus den Monaten Januar und Februar auch wieder mancherlei Vorgänge festzuhalten. Die **Buch- und Steindruckereiarbeiter** arbeiten einem für ganz Deutschland günstigen Tarifvertrage, welche Frage jedenfalls auf dem zu Pfingsten stattfindenden Verbandstage einen hauptsächlichsten Beratungsgegenstand bilden werden wird, nach Möglichkeit durch Herbeiführung örtlicher Tarifvereinbarungen vor. In Berlin ist es vorläufig zu solchen mit acht größeren Firmen gekommen (falls diese Zahl inzwischen keine Verdrückung erfahren hat), die bis zum 31. Dezember 1907 gelten sollen. Der Berliner Verammlungsbericht in Nr. 12 brachte bereits einige Bestimmungen aus dieser Lohnskala, und wie wir uns überzeugen haben, sind auch die übrigen so ausgefallen, daß die Hilfsarbeiterorganisation mit diesem Erfolge wohl zufrieden sein kann, wenn die im März stattfindende eigentliche Tarifberatung ebenso ausfällt. In Leipzig ist die Sache in den letzten Tagen erst in Fluß gekommen. Die Leipziger Buchdruckerunion ist in Verhandlungen mit der örtlichen Zeitung getreten, doch mußten erst die ausgesprochenen Kündigungen von den Hilfsarbeiterinnen zurückgenommen werden, die übrigens gegen den Willen der Verwaltung erfolgt waren. Auch in München soll eine tarifliche Vereinbarung bis auf Nebenbedingungen perfekt sein, die ebenfalls günstig ausgefallen sein soll.

Die **Lithographen und Steindrucker** in Nürnberg haben einen Tarifentwurf ausgearbeitet und ihren Prinzipalen unterbreitet. Die schon so oft versprochene höhere Bezahlung der Überstunden gab den eigentlichen Anlaß zu dem Vorgehen, mit dem auch die sonderbündnerischen Lithographen bis auf die Forderung des Minimallohnes einverstanden sind. Im weiteren sind Verhandlungen eingeleitet zwecks Einführung des Neunstundentages in allen graphischen Betrieben Bayerns. Den Anstoß dazu hat jedenfalls der Konflikt bei der Firma Graphia in München gegeben. Die Prinzipale der Stein- und Steindruckbranche zeigen sich der Sache im allgemeinen gewogen. — In Leipzig haben die mit den Prinzipalen zwecks Einführung eines Tarifvertrages für die Lithographen und Steindrucker gepflogenen Beratungen noch zu keinem Resultate geführt; unsere Schwäger zweiter Linie wollen an ihren ertümelten gestellten Forderungen festhalten.

In der Berliner Holzindustrie ist nach fünfzehnwöchigem Kampfe, der den Arbeitern 696 749 Mk. Kriegskosten verursachte, und tagelangen Verhandlungen vor dem Gewerbegericht eine Tarifgemeinschaft auf zwei Jahre abgeschlossen worden. Die Unternehmer, welche der Organisation der Arbeiter eine empfindliche Schwächung und den Arbeitern selbst eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse beibringen wollten, mußten den Arbeitern nicht nur Vorteile zugestehen, sondern auch in die Bildung einer paritätischen Schlichtungskommission willigen; haben also das gerade Gegenteil von dem Begehrten erreicht. Wie immer war auch ein Teil der Berliner Holzarbeiter mit diesem gewiß annehmbaren Ausgange absolut nicht einverstanden.

Dagegen stehen die Berliner Metallarbeiter mit ihrem zum zweitenmale geführten Kampfe in der Selbstwarendindustrie nach fünf Monaten nicht nur wieder auf dem alte Flecke, sondern sie haben Würde, die alte Position zu behaupten. Ein Teil der Fabrikanten will angeblich nach wohlgeleiteter Arbeitsaufnahme Zustände machen, auf keinen Fall ist aber das Ziel erreicht worden, welches Zweck dieses zweimaligen Kampfes war. Dieser Ausgang mußte insofern überraschen, als Anfang Februar die Kunde kam, daß Kommerzienrat Kühnemann selbst sich

dem Bevollmächtigten der Metallarbeiter gegenüber für Errichtung ständiger paritätischer Schlichtungskommissionen in der Berliner Metallindustrie ausgesprochen hatte. Bei einem Kühnemann will das mehr befragen als einen Glaubenswechsel. Der Kampf soll diesmal nicht weniger als 1 1/2 Millionen Mark gekostet haben.

Die **Textilarbeiter** der Bezirke Greiz und Gera sind in eine Tarifbewegung eingetreten, es sind detaillierte Tarife ausgearbeitet und wohl auch schon den Fabrikanten eingereicht worden. Für einen eventuellen Kampf werden aber die Textilarbeiter sich besser als bisher finanziell rüsten müssen.

Da der Tarif der Töpfer in Danzig abläuft und die Konjunktur eine günstige ist, so sollte der Abschluß eines verbesserten Arbeitsvertrages verdrängt werden. Die die Mehrheit bildenden Hirsch-Dunderlianer wollen aber nicht mitmachen, weil die letzte Bewegung von ihnen noch nicht überwunden ist.

Der Verband der Steinseger hat an alle in Betracht kommenden Kommunal- und Staatsbehörden eine Eingabe gerichtet, bei Vergabung von Steinsegerarbeiten nur Firmen zu berücksichtigen, welche sich mit ihren Arbeitern über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse vertraglich geeinigt haben, resp. eine derartige Verpflichtung in die Lieferungsverträge mit solchen Unternehmern einzufügen. Am Schlusse des Jahres 1904 bestanden schon 70 Tarifverträge in diesem Gewerbe, deren Geltungsbereich sich auf annähernd 1000 Orte erstreckt.

Von der **ausländischen Gewerkschaftsbewegung** gibt uns diesmal nur der italienische Gewerkschaftskongress Anlaß zu einigen Bemerkungen. In Italien war seit der Organisationsform keine einheitliche und wird es auch in nächster Zeit noch nicht sein, denn die Arbeitskammern (unseren Gewerkschaftskartellen gleich zu achten) sind den Zentralverbänden nicht nur nicht förderlich, sondern direkt hinderlich. Und wenn es auch den Anschein hatte, als sollte die aus sieben Punkten bestehende Resolution die Grenzen und Befugnisse der Arbeitskammern und der Gewerkschaften zu einander zweifelhaft bestimmen, so machte die Frage der Zusammenfassung des Zentralsekretariates (Generalkommission) gleich wieder alle Hoffnungen zu nichte. Den Arbeitskammern wurden schließlich fünf, den Gewerkschaften vier Vertreter zugesandt; ob ein Zusammenarbeiten möglich sein wird, muß die Zukunft lehren. Die Anarchisten verhielten sich zwar ablehnend zur Sozialgesetzgebung, es drangen aber doch solche Forderungen durch, die sich mit denen der deutschen Arbeiterkraft decken. Eine von der Arbeitskammer Mailand eingebrachte, sich bedingungsweise für den Generalstreik aussprechende Resolution wurde mit nur neun Stimmen Mehrheit angenommen, die Kongressteilnehmer zeigten sich überhaupt nicht enthusiastisch mit diesem vermeintlichen Mittelmittel. In Italien bestehen gegenwärtig 24 Zentralverbände mit 1183 Sektionen und 205 362 Mitgliedern. Die Organisation der Eisenbahner mit mehr als 60 000 Mitgliedern ist die weitans größte. (Schluß folgt.)

Konsumvereine und Gewerkschaften.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichen wir zu Ende des verflossenen Jahres eine Artikelserie, die unseren Lesern jedenfalls noch in Erinnerung sein wird. Heute nun — nach acht Wochen — erhalten wir von der **Leitung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz** folgende Zuschrift:

Leipzig-Plagwitz den 24. Februar 1905.

In die Redaktion des „Correspondent“, Leipzig. Soeben kommt uns die Nr. 150 Ihrer Zeitung zu Händen, in der Sie einen Artikel unter der Ueberschrift „Konsumvereine und Gewerkschaften“ bringen. Sie führen dabei u. a. an: „Und auch erst im Jahre 1904 ist durch den Druck der organisierten Buchdrucker der bedauerliche Zustand beseitigt worden, daß die Konsumvereine Leipzig-Plagwitz und Leipzig-Stötteritz die weitere Vergabung sehr wesentlicher Druckaufträge an die damit beauftragte Druckerei von der Bezahlung des Tarifes an die Gehilfen abhängig machten, nachdem vorher jahrelang diese Druckerei 14 bis 16 Mk. Lohn bezahlte und die effizienteste Arbeitszeit dekretierte usw.“

Da diese Ausführungen den Tatsachen nicht entsprechen, fordern wir Sie unter Bezugnahme auf das Preßgesetz auf, folgendes zu berichtigen:

Es ist weder mündlich noch schriftlich von organisierten Buchdruckern noch von anderer Seite ein Druck auf die Verwaltung des unterzeichneten Vereins gemacht oder versucht worden, eine hiesige oder auswärtige Druckerei zur Aushaltung des Tarifes zu veranlassen.

Es ist ferner Unwahrheit, daß vom Unterzeichneten eine diesbezügliche Einwirkung auf irgend eine Druckerei ausgeübt noch versucht worden ist.

Seit Jahren stehen wir mit keinen anderen Buchdruckereien in Verbindung als mit der Leipziger Buchdruckerei A.-G., Konrad Müller in Schöneburg und durch die Konsumgenossenschaftliche Rundschau mit Auer & Co. in Hamburg.

Uchtungsvoll

Konsumverein Leipzig-Plagwitz u. Umg.

E. G. m. b. H.

R. Arnold. G. Johannes.

Selbstverständlich können wir von den nach dem Preßgesetz in Verächtung magenden Herren Arnold und Johannes nicht verlangen, den „Corr.“ zu lesen; da uns aber bekannt ist, daß verschleierte Angestellte des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz Leser des „Corr.“ sind, ist es

verwunderlich, daß der Verwaltung „soeben“ erst die Nr. 150 des „Corr.“ zu Gesicht kommt. Bei dem aktuellen Interesse, das man stets in Leipziger Arbeiterkreisen am „Corr.“ nimmt, und das sich noch steigert, wenn es einmal Leipziger Angelegenheiten betrifft, sollten die Herren Arnold und Johannes nichts erfahren haben von unsrer Einschätzung des „genossenschaftlichen“ Geistes im Plagwitzer Konsumvereine? Möglich, aber nicht wahrscheinlich. Dann möchten wir die Herren Arnold und Johannes erfragen, bei Verachtungen im „Rückfalle“ diese vor Absendung noch einmal sorgfältig durchzulesen. Z. B. der Schluß im ersten Absätze der Verächtung: „... nachdem vorher jahrelang diese Druckerei“ usw., berechtigt doch die Unterzeichner nicht, anschließend zu sagen: „Da diese Ausführungen den Tatsachen nicht entsprechen...“ Ist es keine wahrheitsgemäße Tatsache, daß jene Druckerei die angezogenen Löhne zahlte? In einem Punkte haben wir der Zeitung des Plagwitzer Konsumvereins Unrecht getan, indem wir sie nämlich für fähig hielten, bei Aufgabung von Druckaufträgen eine Einwirkung auf die Unternehmer zugunsten tariflicher Löhne geltend zu machen. Wir widerrufen diesen Verdacht hiermit feierlich und stellen gern fest, daß die Herren Arnold und Johannes einen solchen Versuch niemals gemacht haben, ja ihn anscheinend als strafbar finden. Uns ist aber von sehr vertrauenswürdigster Seite mitgeteilt worden, daß die Zeitung des Plagwitzer Konsumvereins auf Veranlassung von Buchdruckern und Schriftsetzern bei der gedachten Firma vorfälliger geworden sei und so die Einführung (nicht Ausschaltung, wie die preßgesetzlichen Berichtiger sich so schön ausdrücken, denn „ausgehalten“ werden andere, der wahren Bezeichnung nicht bedürftige „Dinge“ als unser Tarif) des Tarifes erzwingen hätte. Da die genannten Herren einen solchen Verdacht weit von sich weisen, müssen wir ihren Worten schon Glauben schenken. Etwas anderes aber ist es mit der kategorischen Behauptung der Herren, daß der Plagwitzer Konsumverein „seit Jahren“ — übrigens ein sehr definierbarer Begriff — nur in Leipzig, Schöneburg und Hamburg Druckaufträge vergeben habe. Das ist nicht wahr. Gemäß der in unseren Händen befindlichen **Zeitschrift** hat der Konsumverein Leipzig-Plagwitz bei der Firma H. C. Besthorn in Mchtersleben Druckaufträge in Auftrag gegeben, obwohl damals diese Firma den Tarif nicht anerkannt hatte, keine organisierten Arbeiter, dagegen aber eine Anzahl Lehrlinge beschäftigte, statt 9 täglich 11 Stunden arbeiten ließ und statt des Minimums von 21 bis 22,50 Mk. nur 14, 15, 16 Mk. Lohn zahlte. Die Vergabung dieser Druckaufträge an die genannte Firma erfolgte, trotzdem eine Anzahl Buchdrucker (allerdings keine Verbandmitglieder) im Aufsichtsrate des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz sehr lebhaft der „Förderung“ des Genossenschaftswesens beifällig waren. Ferner hat die mehrfach genannte Verwaltung auch wesentliche Druckaufträge an die Papierwarenfabrik Bockwa bei Zwickau in Auftrag gegeben, eine Firma, die im Tarifverzeichnisse nicht zu finden ist. Ob sich die genannte Verwaltung bei der Vergabung dieser Arbeiten Mittelpersonen bedient, können wir natürlich nicht wissen, es ist dies auch gleichgültig, aber bezeichnend für den sich sonst so radikal gebenden Herrn Arnold ist es immerhin, daß unter seiner Leitung solche Dinge konstatiert werden müssen, die den elementarsten Begriffen vom Genossenschaftswesen einen Schlag ins Gesicht versetzen. Um Schlußbühne zu konfektieren und übermenschliche Arbeitszeiten zugunsten der Unternehmer zu stiften, um dem Organisationsgedanken der Arbeiter entgegenzuarbeiten und deren wirtschaftliche Lage mit herunterdrücken zu helfen und schließlich den Arbeiter durch den Arbeiter ausbeuten zu lassen, dazu bedarf es der Konsumvereine nicht und nicht der agitativen Tätigkeit der Arbeiter für dieselbe. Es ist eben die Pflicht eines fortgeschrittenen sein wollenden Konsumvereinsleiters, sich jezt intum darum zu kümmern, wer seine Lieferanten sind (ob er die Waren nun direkt oder indirekt erhält), sonst pfeifen die Gewerkschaftler auf solche Konsumvereine. Neuerdings — und das ist uns der Beweis, daß die Leitung des Plagwitzer Konsumvereins die betr. Nr. 150 des „Corr.“ nicht „soeben“, sondern schon früher gelesen hat — findet sich auf einzelnen Druckaufträgen des genannten Konsumvereins gar keine Druckfirma mehr, so daß man ruhig in die miserabelsten Lehrlingszuchtanstalten Druckaufträge vergeben kann, ohne moralisch zur Redenshaft gezogen werden zu können. Eine Druckerei, die ihre Firma unter einer von ihr hergestellten Druckfahne zu zeigen hat, ist natürlich ganz besonders qualifiziert, Arbeiterkundschaft beanspruchen zu dürfen. Wir sind uns über das genossenschaftliche Deforum des Leipzig-Plagwitzer Konsumvereins „seit Jahren“ nicht mehr im Unklaren und die „Nachzeitung für Schneider“ hat ja erst kürzlich dem Herrn Arnold ein sehr deutliches Privatstimmchen über genossenschaftliche Aufgaben gelesen (siehe hierüber „Corr.“ Nr. 22). Natürlich fruchtlos, denn der Leipzig-Plagwitzer Konsumverein ist eben ein kapitalistisches Unternehmen wie jedes andere auch.

Redaktion des „Corr.“

Korrespondenzen.

Mchtersleben. Auf ein an Ereignissen reiches Geschäftsjahr kann der hiesige Druckereiverband zurückblicken, und doch wäre die Annahme irrig, die gehegten Erwartungen mit den erzielten Erfolgen verglichen, die Verhältnisse als befriedigende zu bezeichnen. Unsere Februarverammlung, welche

sich u. a. auch mit einem Rejume über das letzte Berichtsjahr befaßt, gab hierüber in ausführlicher Weise Aufschluß. Die Monatsversammlungen, welche im Durchschnitt von gut zwei Dritteln der Mitglieder besucht wurden, nahmen einen befriedigenden Verlauf. Es wurde denn auch die Abschaffung der Strafgebühren für regelmäßiges Versammlungsbesuchen beschloffen. Der Besuch der Bezirksversammlungen hätte reger sein können. Mitgliederzahl Anfang 1904: 15, Anfang 1905: 29. Der Kassenbericht bilanziert in Einnahme mit 146,54 Mk., in Ausgabe mit 121,53 Mk., bleibt Bestand 25,01 Mk. Die Bibliothek wurde auch im letzten Jahre wenig benutzt. Der Antrag des Gewerkschaftsrates, sämtliche Gewerkschaftsbibliotheken in eine zu verschmelzen, wurde zugestimmt. Der „Corr.“ ist obligatorisch eingeführt, pro Mitglied ein Exemplar. In dem Geschäft des Herrn Gerjon ist es kaum anders geworden seit früher. Mitglieder verirren sich doch hin so gut wie gar nicht und können wir Mäheres hierüber nicht mitteilen. Zu einer Tarifanerkennung verspürt der Chef keine Lust. Wie man sich dort unter solchen Umständen die Aufträge der Konsumvereine sichern will, darüber hat Herr Gerjon jedenfalls noch nicht nachgedacht. Es dürfte ihm jedoch nicht unwillkommen sein, jetzt schon darauf aufmerksam gemacht zu werden, daß die alljährliche Generalversammlung deutscher Konsumvereine diese Sache zu unserer Zufriedenheit regeln wird. Auch wollen wir ihn gelegentlich an sein Versprechen erinnern: „Wenn Herr Veschhorn bewilligt, bemühe ich auch!“ Die Firma Felix Webels Nachf., welche, mit der Firma Hoppe & Unger verglichen, wie ein Ei dem andern ähnlich sieht, wird hauptsächlich von der Stadt mit Aufträgen bedacht. Ob eine beabsichtigte Petition an den Magistrat von Erfolg sein wird, steht dahin. In dem letztgenannten Geschäft läßt außerdem noch die Behandlung des Personals zu wünschen übrig.

r. Bremen. In Nr. 12 des „Corr.“ war in einem Bremer Versammlungsbericht behauptet worden, die Firma C. M. Nicolaus habe den Tarif nicht anerkannt, woran dann noch weitere Reflexionen geknüpft waren. Dieser dem Schriftführer unterlaufene bedauerliche Irrtum wurde aber schon in Nr. 13 richtig und festgestellt, daß die betreffende Firma den Tarif anerkannt habe. Es könnte nur den Mitgliedern erwecken, als ob Herr Nicolaus erst auf den Angriff im „Corr.“ hin den Tarif anerkannt habe; das ist aber nicht der Fall, sondern die Tarifanerkennung durch die genannte Firma liegt auf lange Zeit zurück. Die Sache hat aber noch ein Nachspiel. Da Bremen ein historischer Boden für guten bergbündlerische Denunziationen ist — wir erinnern nur an die Postkarte des „Gustav Heinrich Schulze aus Schöneberg bei Berlin“, mit welcher Unterschiffsfälschung sich der frühere Redakteur des „Typograph“, Herr Alexander Dahl, denunziatorisch bei der Firma Boesmann & Co. einschrieb —, so konnte es sich ein Bremer Gutenbergbündler nicht verkneifen, den Bremer Bericht in No. 12 blau angegriffen Herrn Nicolaus zuzufügen, woraufweislich aber nicht die Nr. 13, welche bereits eine daraufsezügliche Berichtigung enthielt. Zweck dieser Denunziation war, Herrn N. gegen die Verbandsmitglieder scharf zu machen, ein Veruch, der dem öffen erklärten Denunzianten aber nicht gegliückt ist. Das ist so die Methode, wie die Gutenbergbündler den Verband „bekämpfen“, und mit der sie bis jetzt aus einer Blamage in die andere gestürzt sind. Weil ihre Sache das Licht der Deffentlichkeit zu scheuen hat, und ihre „Organisation“ nur mit Genehmigung und Unterstützung der Prinzipale „wachsen, blühen und gedeihen“ kann, suchen die Bündler auf die geschickteste Weise sich „nach oben“ lieb Kind zu machen. Da kommt es ihnen auf eine dreiege Denunziation mehr oder weniger gegen ihre Arbeitsbrüder gar nicht an, denn: „Der Zweck heiligt das Mittel!“

F.-ch. Bezirk Duisburg. Die diesjährige erste Bezirksversammlung wurde am 19. Februar im Restaurant „Zur Post“ in Oberhausen abgehalten. Der Vorsitzende Hlbrück begrüßte die zahlreich erschienenen und gedachte dann der verstorbenen Kollegen Penger-Dortmund, der längere Zeit im hiesigen Bezirke lebte, sowie des Gaukassierers Weber-Hannover. Der schon erstattete Jahresbericht konnte ein erfreuliches Bild über Mitgliederstand und tarifliche Verhältnisse konstatieren. Trotz der Segnschäden ist die Mitgliederzahl sehr gestiegen — von 216 am Anfange des Jahres auf 244 am Schluß desselben. Mit dem Steigen der Mitgliederzahl steigt der Besuch der Versammlungen aber in keinem Verhältnis. Besonders sind es die größeren Ortsvereine, die prozentual stets am schwächsten vertreten sind. Hier muß endlich Remedur geschaffen werden. In der Debatte sah ein Redner das Heil nur in der Gründung einer Bezirkskasse. Von anderer Seite wurde betont, daß eine derartige Kasse nicht nur ganz zwecklos, sondern auch direkt ungerecht sei, speziell denjenigen Kollegen gegenüber, die nur einige Wochen im Bezirke tätig sind. Wer die Versammlungen besuchen wolle, käme auch so, ohne Erstattung der Reisekosten. Dann gab der Kassierer Wimar den Kassenbericht pro 4. Quartal 1904. Die Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 4166,75 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Zum Goutage lag folgender Antrag vor: „Die Arbeitslosenunterstützung wird unter Befassung der bestehenden Kassenzeilen um 50 Pf. pro Tag erhöht. Sämtliche Zuschußklassen der Gaue und Bezirke werden aufgehoben. Die Zuschußklasse für Rheinland-Westfalen zur Arbeitslosenunterstützung wird nach Inkrafttreten des obigen Beschlusses aufgehoben.“

In der Begründung des Antrages wurde gesagt, es läge im Interesse eines jeden Mitgliedes, derartige Kassen befreit zu sehen. Kollegen, die in zuschufählenden Gaue lange Jahre ihre Beiträge entrichtet und plötzlich in einem andern Gau überfordert müßten, säßen sich in die „angenehme“ Lage verfehrt, bei eintretender Arbeitslosigkeit keinen Zuschuß zu erhalten, haben also in dem früheren Gau alle die Jahre hindurch „für die Kasse“ gezahlt. Hier föume die allgemeine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für das ganze Reich und die Auflösung der einzelnen Kassen doch nur vegenbringend wirken. Auch andere Gründe, die direkt die Verbandskasse betreffen, sprächen hier mit. Nach längerem Für und Wider wurde der Antrag angenommen. Zur Generalversammlung des Verbandes lagen vom Bezirke Essen zur Unterstützung, resp. im Gau eine möglichst große Einheitslichkeit bezüglich der zu stellenden Forderungen zu erzielen, mehrere Anträge vor: 1. Der ablehrende Beschluß der letzten Generalversammlung, betreffend Niederzählens des Guthabens der Verbandskasse an die liquide Firma Widdendorf & Co. in Essen, ist rückgängig zu machen und die Verbandskasse mit dem auf sie entfallenden Verluste im Betrage von 3497,88 Mk. zu belasten. 2. Zu § 11 der Beschlüsse: In Sterbefälle wird ein Begräbnisgeld von 75 Mk. bei 100 Wochenbeiträgen, 150 Mk. bei 200 Wochenbeiträgen, 225 Mk. bei 300 Wochenbeiträgen, 300 Mk. bei 400 Wochenbeiträgen und so fort für jede weitere 100 Wochenbeiträge 75 Mk. mehr gezahlt. Mitglieder, welche weniger als 100 Wochen in Deutschland gearbeitet und Beiträge entrichtet haben, erhalten 50 Mk. Unter 13 Wochenbeiträgen wird kein Begräbnisgeld gezahlt. Zur Durchführung vorstehenden Antrages wird der Verbandsbeitrag um 5 Pf. pro Woche erhöht. Diese Anträge wurden nach einiger Debatte angenommen. 3. Der (Reisezwang) Zwang zur Reise ist aufzuheben. Galten sich die zur Reiseunterstützung bezugsberechtigten Mitglieder am Orte auf, so ist an dieselben Reiseunterstützung zu zahlen. Diesen Antrag erklärte die Versammlung für unannehmbar, denn durch eine Aufhebung des Reisezwanges werde gewissen Elementen nur Vorjudis geleistet, sich auf die laule Haut zu legen, länger wie es nötig ist. Durchführbar wäre der Antrag nur, wenn taellos funktionierende Arbeitsnachweise vorhanden wären, aber hiermit sieht es noch sehr mäßig aus. Der einzig Leibrtragende im Falle des Antrages würde nur wieder die Verbandskasse sein. 4. Unter b Ortsunterstützung ist im Absatz 2, Zeile 6, hinter 140 Tage noch eine Stufe folgenden Wortlautes einzufügen: bei 500 Wochenbeiträgen bis zu 30 Wochen (210 Tage); wurde angenommen. 5. Unter c Umzugskosten erhält Absatz 4 folgende Fassung: In Unterstützungen werden gewährt bei Umzügen von einem Orte zum andern und einer Entfernung von 10 bis 20 km der Mindestsatz von 20 Mk. Zu diesem Antrage liegt ein Zusatzantrag Wefel vor: „für je 100 geleistete Wochenbeiträge 5 Pf. pro Kilometer mehr. Mitglieder, welche weniger als 100 Wochenbeiträge geleistet haben, erhalten von vorstehenden Sätzen die Hälfte, sofern nicht § 2 unter b für sie in Betracht kommt.“ Das Ganze fand Annahme. 6. Unter c Umzugskosten ist im Absatz 5, Zeile 1, das Wort „freiwillig“ zu streichen; wurde angenommen. 7. Generalversammlung wolle beschließen: „Bei einem Vorgehen in nichtarbiträren Druckerien zwecks Anerkennung des Tarifes oder Hintanhaltung von Verschlechterungen sind die Gauvorstände befugt, nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse selbstständig die Entscheidung zu treffen. Von den getroffenen Maßnahmen ist der Verbandsvorstand unverzüglich in Kenntnis zu setzen.“ Gerade in Rheinland-Westfalen kommen oftmals Fälle vor, wo nur durch schnelles Handeln etwas bei den Prinzipalen zu erreichen sei. Die Versammlung begrüßte deshalb den Antrag freudig als etwas unbedingt notwendiges. Resultat: einstimmige Annahme. 8. Generalversammlung wolle beschließen: In § 24 des Statutes sind die Zahlen derart zu ändern, daß auf je 500 Mitglieder ein Delegierter zu wählen ist. Weniger als 250 überschüssige Mitglieder werden nicht gezählt; wurde angenommen. 9. Die Generalversammlung wolle Stellung nehmen zur nächstjährigen Tarifrevision, insbesondere eine Verkürzung der Arbeitszeit ins Auge fassen. Dieser Antrag wurde mit Jubel einstimmig gut geheßen. Der Vorsitzende bemerkte noch zu demselben, daß die Verkürzung der Arbeitszeit mit ein Leitmotiv sein müsse zur Stellung unserer Forderungen bei der nächsten Tarifrevision. Ein Antrag Mülheim will folgende Statutenänderung: Unterstützung an dauernd Arbeitsunfähige. Der § 1 erhält folgende Fassung: 1. Nach Leistung von 200 Beiträgen, wenn der Beitritt zum Verbandsinnerhalb eines Jahres nach Beendigung der Lehrzeit erfolgt ist; 2. nach Leistung von 400 Beiträgen, wenn der Beitritt zum Verbands nach Ablauf eines Jahres erfolgt ist; 3. nach Leistung von 600 Beiträgen, wenn der Beitritt zum Verbands erst nach Ablauf von fünf Jahren erfolgt ist. Nach Begründung und kurzer Debatte erfolgte Annahme des Antrages. Ebenso wurde ein Antrag Wefel angenommen: Die Generalversammlung wolle beschließen, die Invalidenunterstützung um 25 Pf. pro Tag bei bleibender Karenzzeit zu erhöhen. Ueber o) „Stellungnahme zur Witwen- und Waisenkasse“ ging die Versammlung zur Tagesordnung über, da das Projekt ohne eine kolossale Erhöhung der Beiträge nicht durchführbar sei. „Aufstellung der Kandidaten zum Goutage und zur Generalversammlung.“ Zum Goutage wurden folgende Kandidaten nominiert: Friß- und Seymann=Wefel, Käffz=Stertrade, Neumann= und Frau=Oberhausen, Schu-

mader=Mülheim, Pippig= und Palecki=Ruhrort, Müller= und Dienstbad=Meiderich, Hlbrück=, Schöck=, Wimar=, Berndt= und Feuer=Duisburg. Von diesen fünfzehn Kollegen sind fünf in der Urabstimmung zu wählen. Zur Generalversammlung wurde unser langjähriger Bezirksvorsitzender Hlbrück einstimmig als Kandidat aufgestellt und sprach die Versammlung die Hoffnung aus, ihn durch Unterstützung („Ruhhandel“! D. Schr.) der benachbarten Bezirke nach dem schönen Elbflorenz senden zu können. Mit einem Hoch auf den Vorstand schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Galle a. S. Zu so vielversprechenden Hoffnungen der Besuch der Januarversammlung berechtigte, von der am 18. Februar abgehaltenen sind diese wieder völlig zu schanden gemacht. Hielten sich doch von etwa 340 Mitgliedern nur 105 für verpflichtet, durch ihr Erscheinen ihr Interesse an der wichtigen Tagesordnung zu bekunden. Bevor zu dem wichtigsten der zur Beratung stehenden Punkte: „Die bevorstehende Generalversammlung und eventuelle Stellung von Anträgen zu derselben“, geschritten wurde, erledigte die Versammlung einige Aufnahmefestude. Nach einleitendem Referat und anregender Diskussion genehmigte die Versammlung die drei folgenden Anträge: 1. Einheitslichkeit in der Gewährung von Umzugsbeiträgen, also Fortfall des Unterschiedes, ob der Umzug freiwillig oder gezwungen geschieht; 2. Gewährung von Aufenthaltstagen an die reisenden Mitglieder in Orten mit paritätischen Arbeitsnachweisen zur bestern Erlangung einer Konbition, und 3. (vom Maschinenmeistervereine eingebracht) Uebernahme der Kosten des Oflern 1906 tagenden deutschen Maschinenmeisterkongresses auf die Verbandskasse. Von der Einführung der jetzt im Vorbergrunde der Diskussion stehenden Witwen- und Waisenunterstützung wurde von allen sich an der Debatte beteiligenden Kollegen abgeraten. Außer prinzipiellen Gründen wurde auch die dadurch unvermeidlich werdende Steuererhöhung als gegen die Einführung sprechendes Moment ins Feld geführt. Dagegen wurde einer Erhöhung des Sterbegeldes, soweit diese sich im Rahmen der jetzigen Klassenverhältnisse ermöglichen läßt, allseitig das Wort geredet. Einzelne Redner nahmen auch auf die Streichung des Maßregelungsparagraphen bezug, diesbezügliche Anträge wurden jedoch nicht eingereicht. Aus den Verhandlungen über die übrigen Tagesordnungspunkte ist hervorzuheben die auf Beschluß der Versammlung mit dem 18. Februar eingestellte Erhebung der Erstafter für die Ruhrbergleute; die Befamngabe, daß im März eine sich mit der Neuwahl der Gewissenbestiger zum Tarifschiedsgerichte beschäftigte Allgemeine Versammlung abgehalten wird; das Ersuchen um vollständigen Besuch des für den 13. März angelegten Walfotte-Albends. Zum Schluß wurde ein Kollege mit seiner Beschwerde über die sanitären Verhältnisse bei der Firma Barb & Co. an den Gewerbeinspektor verwiesen.

Galle a. S. (Maschinenmeisterverein.) In der am 16. Februar abgehaltenen Generalversammlung erstattete der Vorsitzende den gut ausgearbeiteten Bericht des ersten Geschäftsjahres. Danach erfolgte die Gründung des Vereins am 6. Februar 1904, dieselbe ist der Kommission der Drucker und Maschinenmeister Leipzig zu verdanken. Mit 12 Mitgliedern begannen, zählen wir heute deren 30. Unser erstes Vereinsjahr brachte uns mehrere technische Vorträge, eine Druckadrenausstellung, wie überhaupt die Erlebigung vieler technischer Fragen. Mit der Entwicklung und dem Versammlungsbetriebe können wir bis jetzt zufrieden sein, und ist dies der beste Beweis hierfür, wie notwendig unsre Vereinigung im Rahmen des Verbandes war. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden unter Hinweis auf seine verdienstliche Tätigkeit unser erster Vorsitzender H. Pößz und der Kassierer H. Schulz einstimmig wieder gewählt. Der Kassenbericht ergab einen Ueberschuß von 55,04 Mk. Nach Erlebigung verschiedener interner Angelegenheiten wurde noch folgender Antrag angenommen: „Die Generalversammlung möge beschließen, die Kostendeckung des deutschen Maschinenmeisterkongresses im Jahre 1906 aus der Verbandskasse zu tragen.“ Nachdem seitens des Vorsitzenden die Kollegen noch aufgefordert waren, auch im zweiten Vereinsjahre recht rege sich an allen Verbandsangelegenheiten zu beteiligen, schloß er die interessanter verkaufte Versammlung.

r. Hannover. (Außerordentliche Mitgliederversammlung vom 19. Februar.) Mit jedem Schluß eines Geschäftsjahres in unserm Vereinsleben geht eine außerordentliche Arbeitsjahres ihrem Ende entgegen. Sowohl auf gewerkschaftlichem, tariflichen, technischen und unterhaltenden Gebiete sind entscheidende Fortschritte im verfloffenen Geschäftsjahre zu verzeichnen gewesen, und es bleibt nur zu wünschen übrig, daß das Stadium der Entwicklung mit den jeweiligen Verhältnissen gleichen Schritt hält. Der Vorsitzende konnte seiner Freude auch dahin Ausdruck geben, daß die Mitgliederversammlungen stets gut besucht gewesen seien. Der Vorstandswahl (siehe unter Verbandsnachrichten) ging die Aufhebung des vierjährigen Protokollbeschlusses voraus, welcher bei vorzunehmenden Wahlen in der Versammlung statt abso lute einfache Mehrheit forderte; es wurde die erste Fassung wieder hergestellt. Die ausgeübte Tätigkeit des Vorstandes erkannte die Versammlung insofern an, als sie dessen Nennung um 50 Mk. erhöhte. Neben Entgegennahme des interessanten Kartellberichtes durch Kollegen Franke zeitigte der Bergarbeiterstreik noch einige Reminiszenzen. Eine Buchdruckerfachschule unter Convention des Magistrates und der Prinzipalität, welche

teilere pro Lehrling und Jahr 10 Mk. entrichtet, wird demnächst eröffnet werden. Bemerkenswert sei noch, daß bei uns in der Feinersiedung die Inhaber kleiner Druckereien fortgesetzt bestrebt sind, sich das Wohlwollen der Herren Regierungsvorstände zu erringen. Das bis jetzt noch nicht zur Ruhe gekommene Kapitel „Fabrik oder Handwerk“ hat schon mehrfach durch die veranstalteten Erhebungen allerlei Kombinationen und wunderbare Blüten gezeitigt, deren neueste und humorvollste hier wiedergegeben sei. Besucht da lestst in ein Herr Regierungsrat einen im Schwelge seines Angebots schaffenden kleinen Prinzipal, bei dem sich nur dann und wann ein Gefährte verirrt und dessen Personal aus Lehrlingen besteht, um sich dessen Betrieb anzusehen; der Herr Regierungsrat war von der Befähigung so des Lobes voll, daß er die Ausbildung der Lehrlinge als eine — Idealbildung bezeichnete. Dieses Urteil erregte neben Heiterkeit auch großes Kopfschütteln, erbringt es doch wiederum den Beweis, daß auch manchem akademisch gebildeten Kopfe die Buchdruckerkunst eine Terra incognita sein und bleiben wird.

Heidelberg. Die am 19. Februar abgehaltene Ordentliche Hauptversammlung unsehr Bezirksvereins war von 75 Mitgliedern (69 aus Orte, 1 aus Hirschhorn, 2 aus Mosbach, 3 aus Wiesloch) besucht. Nach dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresberichte war das verfloßene Jahr ein ruhiges. Die Vereinsgeschäfte wurden in zwei Haupt- und sieben Monatsversammlungen erledigt, deren Besuch gegen früher eine Besserung zeigte. Die Zahl der Mitglieder betrug im Anfange des Jahres 90, am Schlusse desselben 102, denen am Vororte 14, im Bezirke 27, zusammen 41 Nichtmitglieder gegenüber standen; Lehrlinge waren am Vororte 24, im Bezirke 19, zusammen 43 vorhanden. Außer am Vororte konditionierten Mitglieder in Eberbach, Hirschhorn (Prinzipal), Mosbach, Wertheim und Wiesloch. Bezirks- und Krankenkasse Typographie zeigten einen günstigen Abschluß. Die tariflichen Verhältnisse am Vororte haben sich nicht geändert; im Bezirke hat die Firma H. Bühler in Wiesloch den Tarif ohne Ausnahmebestimmungen, wegen deren es Ostern 1903 zum Ausstande kam, nunmehr schriftlich anerkannt. Die Zahl der eisernen Kollegen hat sich um eine Monoline, die in der Bühlerschen Druckerei in Wiesloch zur Aufstellung kam, vermehrt und beträgt im ganzen sechs, darunter fünf Linotype, die sämtlich am Vororte stehen. Zu dem Ostern abzuhaltenden Goutage soll der Antrag gestellt werden, daß den zu militärischen Übungen einberufenen Mitgliedern die Arbeitslosenunterstützung ebenfalls gewährt wird. Zur Generalversammlung des Verbandes in Dresden sollen folgende Anträge gestellt werden. 1. „Bei Gewährung von Unkostenstellen sollen Unterschiede zwischen freiwillig und unfreiwillig Ungeheuren nicht mehr gemacht werden.“ 2. „Die Karenzzeit zum Besuche der erhöhten Unfallversicherung soll herabgesetzt werden.“ 3. „Statt der Witwen- und Waisenunterstützung tritt eine stufenmäßige Erhöhung des Sterbegeldes ein.“ 4. „Der „Corr.“ wird für alle Mitglieder obligatorisch eingeführt.“ 5. „Wohlfühl Durchsührung der unter 3 und 4 genannten Anträge ist der Beitrag um 10 Pf. zu erhöhen. Nach einem Besuche über das Gewerkschaftsstatut und nachdem noch einige interne Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, erfolgte die Neuwahl des Vorstandes (siehe Verbandsnachrichten). Mit dem Appelle an die Mitglieder, auch fernerhin am Vereinsleben regen Anteil zu nehmen, schloß Johann der Vorsitzende in die allen Teilen ruhig und sachlich verlaufene Versammlung.

Weg. Wieder ist ein Vereinsjahr verfloßen, dem es nicht an impulsiver Kraft mangelte. Ist eine scheinbare Ruhe auf tariflichem Gebiete eingetreten, so ist andererseits ein bemerkenswerter Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen; ein Beweis dafür, daß der Organisationsgebau allgemein verstanden wird. In den Bezirksorten herrschen mit wenigen Ausnahmen zufriedenstellende Zustände. In Saargemünd allerdings lassen die Verhältnisse sehr zu wünschen übrig. Besonders ein Prinzipal stützte sich auf die Lohnverhältnisse in Saarbrücken, was ihm aber als nicht sachgemäß nachgewiesen wurde, und in allerjüngster Zeit mußte sich derselbe dazu bequemen, eine kleine Erhöhung der Grundpositionen einzutreten zu lassen. In Saarburg, allwo die Verhältnisse sich verschlechtert hatten, können wir im Gegenfasse zum vergangenen Jahre wieder einen Zuwachs von Mitgliedern verzeichnen, und ist hier die Hoffnung begründet, daß wieder die früheren soliden tariflichen Verhältnisse dort Platz greifen. Am Bezirksvororte herrschen im allgemeinen tarifliche Zustände. In der Sebmashinenfrage müssen Schritte unternommen werden, um die tariflichen Zustände zu klären; dies wäre allerdings schon geschehen, wenn die betreffenden Sebmashinenleger nur ein bißchen Verständnis für ihr Los und das ihrer Mitkollegen aufweisen würden. Eine Foros majour wird wohl auch einmal bei diesen Leuten das Nötige veranlassen. Die Bibliothek wurde recht fleißig benutzt. Einer der Punkte, der das größte Interesse erregt, ist die Anschlußfrage des Elsaß-Lothringischen Buchdruckerverbandes an den altdentschen Buchdruckerverband. Eine Vorstandskonferenz im abgelaufenen Jahre beschäftigte sich auch mit dieser Frage. In unserm Bezirke wurde von Vorstandseite das Für und Wider dieser Frage in verschiedenen Versammlungen auseinandergesetzt. Man ist auch hier davon überzeugt, daß es mit dem partikulartariflichen Standpunkte des Elsaß-Lothringischen Verbandes wohl auf die Dauer nicht mehr gehen wird, und daß man ernstlich an die Frage des Anschlusses herantreten müsse. Ein weiterer Punkt, der allgemeines Interesse erregt, ist der des 25 jährigen Stiftungsfestes des Bezirksvereins

Weg, das in diesem Jahre in Verbindung mit dem Johannisfeste am 24. und 25. Juni in Weg gefeiert wird. Hierzu sind die Einladungen an die Nachbarvereine ergangen, und haben schon der Luxemburger Buchdruckerverein und die Sektion Nancy des französischen Buchdruckerverbandes ihr Erscheinen zugesagt. Alles in allem genommen haben wir wieder ein arbeitsreiches Jahr hinter uns, und nach Lage der Dinge können wir auch vertrauensvoll in die Zukunft blicken.

Derfeins-Drar. Der hiesige Ortsverein hielt am 12. Februar seine Generalversammlung ab. Dem Jahresberichte ist zu entnehmen, daß das verfloßene Jahr für den Ortsverein ein ziemlich ruhiges war. Doch kann es mit Freuden konstatiert werden, daß trotz Einzug eines „Eisernen“ in der Druckerei der die Zahl der Mitglieder gestiegen ist. Der Ortsverein zählt zurzeit 14 Mitglieder, denen 6 Nichtmitglieder gegenüberstehen. Versammlungen fanden im Laufe des Jahres 13 statt, welche durchschnittlich gut besucht waren. Der „Corr.“ ist obligatorisch eingeführt. Der Bezirksvorsitzende Madenach-Saarbrücken, den wir in unser Mitte beglücken konnten, ergriff nach Erstattung des Jahresberichtes das Wort zu einem Vortrage, dem die Worte zugrunde lagen: „Was tut uns not, und wozu organisieren wir uns?“ In fast einstuündiger Rede legte er in klaren Worten die Errungenschaften und weiteren Ziele der Tarifgemeinschaft dar und betonte, daß nur durch ein einmütiges Zusammengehen und —wären etwas vollständiges erreicht werden könne. Des weitern führte er der Versammlung die Organisationsverhältnisse unserer beiden Städte bis vor noch nicht drei Jahren vor Augen, wo die Organisation hier erst freien Fuß zu fassen begann und schloß seine Ausführungen mit der Ermahnung, festzuhalten an dem, was bis jetzt errungen sei und weiter zu streben, auf daß es gelingen möge, auch die uns noch fernstehenden Kollegen recht bald für unsere Sache zu gewinnen, um ein gemeinsames Ganze bilden zu können. Der Vortrag wurde mit großem Beifalle aufgenommen und das ausgebrachte Hoch auf den Verband fand stürmischen Widerfall.

Grundschau.

Für die Ruhrbergleute wurden an weiteren Unterstützungsgeldern ausbezahlt: durch Sammlungen in Berlin 22,25 Mk. (darunter als fünfte Rate der Schriftgröße 243 Mk.); vom Ortsvereine Barmer nochmals 50 Mk.; vom Ortsvereine Minden als zweite Rate 11,30 Mk.; als dritte vom Ortsvereine Trier 50 Mk.; als zweite und dritte Rate von der Mitgliederschaft Potschappel-Deuten 20 Mk.

Von den Vögeln, die das eigne Nest beschützen, weiß man in Buchdruckerreisen gar vieles zu erzählen. Auch wir wollen dieses traurige Kapitel wieder um einen Fall bereichern, der zur Charakteristik eines Teiles unserer Mitglieder recht geeignet ist. Der Ortsverein Königsberg wollte am 21. Februar im dortigen „Britisch Hotel“ eine Vereinsversammlung abhalten, die auch der Vorchrift gemäß polizeilich angemeldet wurde. Als nun am Versammlungsabende die ersten Teilnehmer erschienen, erklärte der Wirt, daß tags zuvor ein Schußmanndawegen sei und ihm mitgeteilt habe, daß bei ihm eine polizeilich überwachte Versammlung stattfinden solle; dazu gebe er sein Votal auf keinen Fall her. Selbst das „Zweiben des inzwischen hinzugekommenen überwachenden Beamten, die Versammlung doch ruhig tagen zu lassen, hatte keinen Erfolg: er (der Wirt) könne mit seinem Lokale machen, was er wolle; er bulde einmal keine Polizei bei sich. Es blieb nun nichts weiter übrig, als diese unangenehme Stätte zu verlassen und eine neue Versammlung anzuberaumen. Am Tage darauf brachte die „Königsberger Volkszeitung“ über diese Saalverweigerung folgendes: „Im Zeichen der Zeit. Die hiesige Mitgliedschaft im Verbands der Deutschen Buchdrucker hatte zu gestern abend eine Versammlung einberufen, die im „Britisch Hotel“ stattfinden sollte. Obgleich der Saal mehrere Tage vorher ordnungsgemäß belegt war, verweigerte gestern abend der Wirt des Hotels die Vergabe desselben mit der Motivierung: zu Versammlung, die polizeilich überwacht werden, gebe er seine Mäulichkeiten nicht her. Alle Vorstellungen des Vorstandes halfen nichts, die Buchdrucker mußten, viele allerdings um eine Erfahrung reicher, abziehen. Also von der in Königsberg so beliebten Saalabtreibung sind nun auch die Buchdrucker ereilt worden! In der zugunsten der streikenden Bergarbeiter des Ruhrgebietes unter der Führung des evangelischen Arbeitervereins jüngst abgehaltenen Versammlung im großen Saale des alten Schützenhauses betonte Herr Prediger Konshel, der Leiter dieser Veranstaltung, der Buchdruckerverband sei die einzige neutrale Organisation in Deutschland, die sich nicht bedingungslos vor den Siegeswagen der Sozialdemokratie spannen lasse. Man sieht aber, die staatsbehaltenden Ordnungssäulen, und wenn es auch in der Hauptsache vom Konium der Arbeiter — im Sinne der Gewerbeordnung — abhängige Gastwirte sind, können, solch seine Unterfiede nicht machen, und einfach wird auch die politische Gewerkschaft der Buchdrucker, die in den Versammlungen ängstlich jede offizielle Entgegnung nach links vermeidet, zur roten Brut geworfen. Das ist nun einmal die natürliche Entwicklung des Klassenkampfes, die keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit kennt.“ Man könnte es noch einigermaßen verständlich finden, wenn das Königsberger Partei-

organ bei diesem Anlasse aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht hätte und die Redaktion selbst in die Zünte gestiegen wäre, um den harmonisierenden, jede „offizielle Entgegnung nach links“ (offizielle Entgegnung ist übrigens sehr gut!) vermeidenden Buchdrucker ein auszuweichen. Aber das tat sie nicht, war ihr vielleicht selbst zu fleischlich oder zu dumm. Die Redaktion wußte wohl, daß unter den Buchdruckern sich noch immer Leute gefunden haben, welche solche unfaubere Arbeit mit Freuden verrichten, um „bei der Partei“ eine gute Nummer zu haben. Und so fand sich denn auch in Königsberg ein Verbandsmitglied, das nach Herzenslust auf die „politische Gewerkschaft der Buchdrucker“ kräftig einwirkte. Das ist zwar traurig, aber durchaus nichts Ungewöhnliches. Vielleicht hat der betreffende Kollege und Berichterstatter sein Mühtchen dabei noch in anderer Beziehung geküßt. Der gute Mann besucht nämlich selbst erst seit kurzer Zeit die Versammlungen unserer Organisation; die Vermutung liegt also nicht fern, daß ihm angeichts seiner bewiesenen Versammlungsähnliche Saalabtreiberi ganz in den Krampfe paßt. Das kann er natürlich nicht öffentlich eingestehen, deshalb dieses im Parteiinteresse angeflimmte Hofmann.

Sie wollen es nicht anders haben, muß man wieder sagen, wenn folgender Vorfall aus Solingen zur Kenntnis genommen wird. Die dort erscheinenden Blätter „Solinger Kreisblatt“ und „Solinger Zeitung“ erhalten für die Aufnahme der städtischen Bekanntmachungen ein Pauidale von ganzen zweihundert Mark jährlich, die Sachposten allein sollen aber das Zehnfache übersteigen. Die beiden (tariftreuen) Firmen verlangten nun eine einigermaßen entsprechende Erhöhung dieses Betrages, bligten jedoch mit diesem Verlangen bei der Stadtverordnetenversammlung vollständig ab; die Herren Stadtväter drohten sogar mit der Herausgabe eines eignen amtlichen Blattes. Leider ließen es die beiden Wuchererbesitzer nun nicht zu diesem Verluße kommen, der jedenfalls die Stadtverwaltung von Solingen überzeugt hätte, daß die Wünsche der Petenten zu erfüllen das Vernünftige gewesen wäre, sondern beschließen sich mit der alten, jämmerlichen Bezahlung.

Aufgelöst worden ist in Thorn die Lambdische Buchdrucker, ein seit dem Jahre 1568 bestehendes, früher als Thorner Ratsbuchdrucker firmierendes Unternehmen. Ein gewiß sehr seltener Fall.

Buchdruckermeister ist nach einem Bescheide des Regierungspräsidenten zu Düsseldorf der rechtmäßige Titel für die Inhaber solcher Buchdruckereien, welche nur handwerksmäßigen Betrieb haben und zur Führung des Meisterertels berechtigt sind. Wenn die Handwerkskammern derartige Unternehmer mit dieser Bezeichnung belegen, so sind sie nach § 133 der Gewerbeordnung dazu berechtigt. Soviel wir bis jetzt bemerken konnten, herrscht über diese neue amtliche Titulatur unserer „Meister“ bei denselben nichts weniger als Freude. So zünftig man bisweilen auch gern ist, so gern wird auf solch zünftlerische Attribute verzichtet.

Das neue serbische Verbandsorgan „Tipografski Glasnik“, das allmonatlich in cyrillischen Lettern in Belgrad im Kleinformat erscheint und vom Kollegen Dim. Gantolowitsch herausgegeben, vom Kollegen Nikola Nowatowitsch redigiert wird, enthält in seiner ersten Nummer den serbischen Buchdruckerarif, in dem die neunstuündige Arbeitszeit und als Minimum für freigelegene Seher 17, für ältere 22 Dinar, für Nachseher 30, für Tagzeitsseher 24 und für Abzendsseher 26 Dinar festgesetzt werden. Für Maschinemeister steht der Tarif nach dem Freiwerden 18, später 24 Dinar fest (1 Dinar = etwa 80 Pf.). Außerdem enthält das Blatt, dem wir zu seinen Bestrebungen Glück wünschen, das Reglement für den serbischen Tarifausfunds.

Einen hochwohlweisen Beschluß haben die städtischen Behörden in Solzlingen dem dortigen „Täglichen Anzeiger“ kund und zu wissen getan. Zurzeit der Führung neuer Stadtväter soll nämlich dieses Amtsblatt fürder keine Wahlnoten mehr bringen, welche eine Kritik der Stadtbehörden oder einzelner Mitglieder derselben enthalten, was angesichts der bei letzten Stadtverordnetenwahl der Fall gewesen sein soll. Auf diese schlaue Art kann man sich freilich alle Gegnerschaft vom Leibe halten, denn was in diesem Falle unstatthafte Auslassungen wären, würde doch nur nach subjektivem Empfinden entschieden werden, der Zeitungsverleger aber wird in jeder Beziehung der Geleitete sein.

Der vorjährige deutsche Redakteurtag in Magdeburg, über den so mancher gute und schlechte Wis gemacht und an welchem so scharfe Kritik geübt worden ist, hat nun noch ein gerichtliches Nachspiel gehabt. Der Redakteur Kösch hat in einer Flugschrift ebenfalls diese Tagung glossiert, einen Teil der gefassten Beschlüsse einer vernünftigen Verurteilung unterzogen und überhaupt den Verein deutscher Redakteure arg aber völlig berechtigt mitgenommen. Sieben Mitglieder dieses Vereins stellten darauf Klageantrag gegen Kösch, erreichten aber nur, daß derselbe trotz der Schwere der erhobenen Beschuldigungen nur wegen einiger formeller Beleidigungen zu 30 Mk. verurteilt wurde.

Wegen Beleidigung der Reichspostverwaltung, teils im Zusammenhange mit dem Königsberger Geheimbündnisprozess stehend, teils Pensionsangelegenheiten betreffend, wurde der verantwortliche Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ zu der hohen Strafe von neun Monaten Gefängnis verurteilt und seine sofortige Inhaftierung beschlossen. Gegen Stellung einer Kaution ist jedoch diese Maßnahme wieder aufgehoben worden.

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 25. — Donnerstag den 2. März 1905.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

Übermals sind die schwarzen Listen als ein Verstoß gegen die guten Sitten gerichtlich bewertet worden und wieder ist die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten die Unternehmerorganisation, welche mit dieser Ausschüßungstatistik hineingefallen ist. Der Sachverhalt ist folgender: Ein Metallgürtler arbeitete bei einer dieser Vereinigung nicht angehörenden Firma, von welcher derselbe aber schon nach sechsstägiger Beschäftigung ohne Angabe von Gründen entlassen wurde. Als er sich auf dem Arbeitsnachweise der Metallindustriellen meldete, wurde ihm der Handschein abgenommen und ihm bedeutet, er wäre gesperrt, weil er sich laut Mitteilung seines gewesenen Arbeitgebers unziemlich benommen und für den Metallarbeiterverband agitiert habe. Nachdem der betreffende Arbeiter dann bei einer andern Firma Stellung gefunden hatte bzw. finden konnte, wenn er den vorgezeichneten gestempelten Handschein vom Arbeitsnachweise vorzuzeigen in der Lage wäre, bemühte er sich auf dem Rühnemännernachweise nochmals um diesen Schein, der ihm jedoch abermals verweigert wurde, infolgedessen die Firma ihn auch nicht einstellte. Der Mann blieb dann arbeitslos, weil ihn kein Unternehmer ohne den Handschein annehmen wollte. Nun strengte er eine Schadenersatzklage an gegen die Firma, welche ihn beim Arbeitsnachweise in der geschilderten Weise getrennt hatte. Das Landgericht I verurteilte diese Firma dem Klageantrage gemäß, dabei sich stützend auf das vorjährige Reichsgerichtsurteil, welches eine gleiche Handlungsweise des Rühnemännerverbandes als ein Vergehen gegen den § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches erachtete. Wie unsere Leser sich noch erinnern werden, rief dieses Urteil große Erregung in den Kreisen der Arbeitgeber hervor, welche den Herrenstandpunkt als das oberste Prinzip aller Unternehmerweisheit proklamieren. Der jetzige Fall wird dieselbe Bestätigung bei jenen Kreisen erregen, um so mehr, als noch verschiedene solcher Prozesse schweben. Aus der sehr interessanten Urteilsbegründung nehmen wir folgende markante Sätze heraus: Nach § 113 und 146 der Gewerbeordnung ist es verboten und strafbar, in dem vom Arbeitgeber ausgestellten Zeugnisse wider Willen des Arbeitnehmers ausdrücklich oder versteckt ein Urteil über die Führung des letzteren auszudrücken. Der Arbeitgeber soll dadurch verhindert werden, anderen Arbeitgebern ohne Erlaubigung Tatsachen mitzuteilen, die das Fortkommen des Arbeiters zu erschweren geeignet sind. Zudem nun die Beklagte die in dem Briefe enthaltenen Behauptungen der Fabrikantenvereinigung mitteilte, hat sie diese Verbotsbestimmungen umgangen; denn, wie der Erfolg zeigt und nach der Organisation der Vereinigung auch ohne weiteres zu erwarten war, hat eine derartige Benachteiligung eine noch viel stärkere Wirkung zungunsten des Arbeiters als ein tabellarisches Zeugnis. Diese Wirkung — die allgemeine, zeitlich nicht begrenzte Aussperrung — ist aber, wie in der Reichsgerichtsentcheidung treffend ausgesprochen wird, eine durchaus unbillige. . . . Daß die Beklagte der Fabrikantenvereinigung nicht angehört, kann an der Beurteilung ihres Verhaltens nichts ändern, denn das Verschulden ist nicht in der Mitgliedschaft der Vereinigung zu erblicken, sondern in der bewußten Förderung ihrer Aussperrungsbestimmungen. . . . Zu vorliegenden Falle handelt es sich unzweifelhaft lediglich um angebliche, wenn auch grobe Ungehörigkeiten (des Arbeiters), die wohl die Entlassung des Klägers, aber eben auch nur diese rechtfertigen. Zudem die Beklagte, das Gesetz umgehend, die Gründe der Entlassung einem so weiten Kreise von Arbeitgebern, wie es ihr überhaupt möglich war, übermittelte, um gegen den Kläger eine über die unmittelbaren Folgen der Entlassung hinausgehende, durch sein Verhalten immerhin nicht gerechtfertigte Schädigung seiner wirtschaftlichen Existenz herbeizuführen, hat sie im Sinne des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches die guten Sitten verletzt, so daß sie für den dem Kläger daraus erwachsenen Schaden verantwortlich ist.

Ein Streikbureau als einen Verein anzusehen, das ist trotz der erstaunlichen bestürzenden Leistungen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes denn doch noch nicht dazugehören. Um die Ausfüllung dieser Lücke in der Reihe amtlicher Monstrositäten hat sich die Polizeiverwaltung des Amtes Kassel bei Castrop i. W. ein Verdienst erworben. Am 31. Januar d. J. ließ dieselbe einem Bergmann eine Strafverfügung zugehen, weil dieser das in Hovinghausen gebildete Streikbureau der Bergleute, „eines Vereins, der eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt“, nicht angemeldet und das Statut dieses Vereins sowie das Mitgliederverzeichnis nicht eingereicht hat.

Den Verhandlungen des Reichstages der vergangenen Woche könnte man als Motto voransetzen: Es ist vollbracht! Der Großgrundbesitz bzw. der Bund der Landwirte als dessen gewiesene Repräsentanz hat die schwere, reiche Ernte eingeschoren in die Scheuer: die neuen Handelsverträge sind angenommen worden. In

einer Stimmung und einem Tempo, die zu dem Ernste der Sache stark kontrastierten, erhielt die unselbige Dezembernacht von 1902 ihre Glorifikation zuerkannt; nur die Neben von Mollkenbuhr, Bayer und Gotthein wiesen scharf und konsequent auf die dem deutschen Volke drohende Gefahr, die eminente Schädigung der nationalen Arbeit hin. Geradezu jammerfällig war wieder die Haltung der Nationalliberalen. Daß diese Partei sich schon längst dem laudinischen Joche der Agrarpolitik fügt, ist ja bekannt; von dem Abgeordneten Semler aber wissen wir nun, daß diese Frustration der Eigeninteressen durchaus nicht schmerzlos für die Nationalliberalen ist. „Sollte es sich herausstellen, daß die Industrie schwer geschädigt wird durch die Verträge, so werden wir dafür Sorge tragen, daß dieser Schaden repariert wird“, sagte nämlich Herr Semler mit großem Nachdruck und vielem Ernst, wofür er mit Recht von den Sozialdemokraten kräftig ausgelacht wurde. Wie bei den Nationalliberalen, so liegen die Dinge bei den Freisinnigen nicht viel anders: man würgt sich halb tot an der bitteren Pille der Handelsverträge, aber hinunter muß sie und kommt sie auch. Und so ist denn nun die „große Tat zum Segen des Vaterlandes“, wie Bülow früher mehrmals sagte — zu der Agrarier Feil, wie alle offen und ehrlich urteilenden Menschen sagen müssen, vollbracht worden. Dieser Ausgang einer schlimmen Tat, die fortzuehend Böses muß gebären, war ja nicht mehr zu bezweifeln; es ist aber gut, daß Gotthein — ohne Widerspruch zu finden — von der großen Mehrheit des Reichstages die Behauptung aufstellte, sie werde über die Verträge abstimmen, ohne eigentlich zu wissen, was darin steht. Eine Aeußerung des Grafen Posadowsky wollen wir noch festhalten. Ein Unterschied zwischen Silberbüchern und Drucksachen besteht danach nicht. Posadowsky nimmt aber an, daß, wenn Bücher mit längeren Erzählungen zollfrei bleiben, solche mit kürzeren Texten und Kernsprüchen, die aber hauptsächlich Bilder enthalten, einer Vergeltung unterliegen. Zu allem Unglücke also auch noch die traurige Perspektive: Nichts Gewisses weiß man nicht! In einer andern Stelle haben wir unlängst schon montiert, daß man über die Beherrschung des Buchdruckes und des Buchgewerbes überhaupt durch die neuen Handelsverträge so gut wie nichts vernimmt. Wenn die in Betracht kommenden Stellen etwa der naiven Ansicht gewesen sind, die Handelsverträge würden vom Reichstage doch noch der Regierung vor die Füße geworfen werden, so wäre diese Illusion ja nun wohl gründlich zerstört, und es hieße schleunigst das Verfallene nachholen. Wir Buchdrucker sind nämlich vollständig der gleichen Meinung, die Mollkenbuhr in der dritten Lesung wieder zum Ausdruck brachte, daß nämlich die Arbeiter die ganze Sache zu bezahlen haben. Wenn wir das sollen, so wollen wir zuvor uns aber doch erst erkundigen, wie hoch sich diese Rechnung belaufen könnte — man muß doch auch zum Bezahlen einer gemachten oder aufgehaltten Sache gerüstet sein! Der Abgeordnete Graf Limburg-Stürum (konservativ) meinte gar, die neuen Verträge würden den Arbeitern eine gesicherte Arbeitsgelegenheit verschaffen und die nationale Arbeit würde einen erstaunlichen Aufschwung erfahren; aber diese Sorte Propheten erinnern einen mit ihren wohlgenährten Bäuchen immer an den Fuchs, der den Hühnern hoch und heilig versichert, daß er die besten Absichten mit ihnen habe, um sie in demselben Augenblicke aufzufressen. Einen sehr, sehr bemerkenswerten Ausspruch tat Graf Posadowsky noch kurz vor Beendigung des siebenaktigen Dramas, „Der Buchhändler“. Auf die Frage, wie denn die Regierung ihre Agrarpolitik mit ihrer Sozialpolitik vereinigen wolle, antwortete er nämlich: „Durch die Klugheit des deutschen Volkes zu aufsteigernden Massenbewegung, durch das lebhafteste Streben, in höhere soziale Schichten emporzusteigen, ist in unser ganzes politisches und öffentliches Leben eine nervöse Hast gekommen, ein Drängen und Treiben, worin eine große politische Gefahr liegt. Die Maschine arbeitet politisch und amtlich mit einer Hast und Nervosität, die fast unter Umständen bis zur Selbstvernichtung gehen könnte. Deshalb bedürfen wir in Deutschland unter allen Umständen eines politischen Gegengewichtes. Dieses sehen wir in der Landwirtschaft, sie ist der feste Anker unseres Staates!“ Da haben wir es also: der gesunde, natürliche Fortschritt ist eine große Gefahr, die nur unterbunden werden kann, wenn man die rückständige Landwirtschaft dagegen auspielt; dies ist der Regierungsweisheit letzter Schluß! Der grundlegende Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn wurde sodann mit 226 gegen 79 Stimmen, der russische mit 228 gegen 81 Stimmen angenommen. Die sozialdemokratische Partei votierte geschlossen gegen sämtliche Verträge, mit ihr ein kleiner Teil der Freisinnigen, der bei dem rumänischen, dem serbischen und dem schweizerischen Verträge sich etwas vergrößerte. Wir wollen noch eines Vorganges gedenken, der zur Belandung der Situation sehr geeignet ist. Der Kaiser richtete nämlich an den Reichsfanzler am 22. Februar ein Schreiben, worin er Bülow zu dem „schönen Erfolge“ beglückwünschte und u. a. sagt: „Mit Ihnen hoffe

ich zu Gott, daß die Verträge eine neue Kräftigung der deutschen Volkswirtschaft und ein neues Band friedlichen Weltverkehrs zwischen dem Deutschen Reiche und den uns befreundeten Ländern schaffen werden.“ Am 15. Dezember 1891 aber kam der Kaiser gelegentlich der Einweihung des Zeltower Reichshauses auch auf die damals soeben vollzogene Annahme der Caprivischen Handelsverträge zu sprechen (die bekanntlich eine Verminderung der Lebensmittelzölle brachten und der Industrie zum Vorteile waren, während die Bülowischen völlig entgegengesetzte Wirkung haben) und bemerkte darüber: „Mit weitem politischen Blicke hat er (Caprivi) es verstanden, im richtigen Augenblicke unser Vaterland vor schweren Gefahren zu schützen. Es ist selbstverständlich, daß einzelne Interessen Opfer bringen müssen, damit das Wohl des Ganzen vorwärts gebracht werde. Ich glaube aber, daß die Tat, die durch Einleitung und Abschluß der Handelsverträge für alle Mit- und Nachwelt als eines der bedeutendsten geschichtlichen Ereignisse dastehen wird, geradezu eine rettende zu nennen ist.“ Das Wohl des Ganzen zu fördern und eine neue Kräftigung der deutschen Volkswirtschaft herbeizuführen, sind die jetzt angenommenen Verträge gegen den Handel nun absolut nicht geeignet, weil diesmal die große Mehrheit zugunsten weniger einzelner Opfer, große Opfer gebracht hat. — Bei völliger Leere des Bundesratsstuhles kam der Antrag Auer und Genossen, der Gesetzentwurf über die Erchtung eines Reichsarbeitsamtes, von den Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern zur Verhandlung. Abg. Thiele hatte die Begründung dieses Antrags übernommen, dessen erste Vorgänger bis zum Jahre 1869 zurückreichen; seit 1885 liegt der heutige Gesetzentwurf von der sozialdemokratischen Fraktion vor. Mit Nachdruck betonte Thiele, daß die Sozialdemokratie in der Streiffrage ob Arbeiterkammern oder Arbeitskammern die letztere Forderung vertrete, weil zu befürchten sei, daß die Beschlässe reiner Arbeiterkammern von vornherein der Nichtachtung der Regierung ausgesetzt wären, was bei paritätischer Zusammenfassung, also Arbeiter und Unternehmer, nicht der Fall sein würde. Andere Länder seien dem Großindustrielle Deutschland in dieser Beziehung weit voran, die deutschen Arbeiter fordern daher ganz energisch eine gesetzliche Vertretung, die, wenn sie jetzt schon vorhanden gewesen wäre, vielleicht den Streit der Mißvergleute unmöglich gemacht hätte. Der Abgeordnete Krimborn erwiderte der Sozialpolitik des Zentrums einen schlechten Dienst mit der Erklärung, der sozialdemokratische Antrag würde auf keine Annahme durch das Zentrum rechnen können, weil einmal die Regierung mit einem derartigen Gesetzentwurf kommen werde, dann aber auch nicht, weil die Landarbeiter in die Arbeitskammern einbezogen sein sollten. Der freisinnige Abgeordnete Muggan dokumentierte augenfällig die Rückständigkeit seiner Richtung in solchen Fragen, während der Antisemit Raab sich sympathisch über den sozialdemokratischen Antrag äußerte und sein Befremden über die Haltung des Zentrums zum Ausdruck brachte. Bebel ging dann noch einmal ausführlich auf das Strittige dieser Frage ein, betonend, daß im Reichstage die Sozialdemokratie immer für Arbeitskammern eingetreten wäre; Grillenberger und er hätten schon im Jahre 1878 diese Forderung erhoben. Die Gewerkschaften wären geteilter Meinung, der nächste Gewerkschaftskongress würde aber die nötige Klärung bringen. Wenn die Sozialdemokratie in den Einzelstaaten Arbeiterkammern gefordert habe, so sei das aus dem Grunde geschehen, weil in jenen Ländern schon ähnliche Unternehmercorporationen vorhanden sind. Die Sozialdemokratie, erklärte Bebel, wolle mit ihrem Antrage im ganzen Reiche eine Organisation schaffen, „durch die vor jedem Streik ein offizieller Einigungsakt vorgenommen werden muß“. Diese Worte Bebel's wie auch seine Beweisführung über die Notwendigkeit paritätischer Zusammengesetzter Arbeitervertretungen werden in Parteikreisen nicht volle Zustimmung finden, die Ultras neben der andern Auffassung zu. Schön war es aber doch, daß Bebel zu diesem Punkte sprach. — Die übrigen vier Stungen bieten für uns keinen Anlaß zur Behandlung.

Zugunsten von Streikenden eingegriffen hat soeben — die preussische Regierung. Und dieses die ganze Tradition des preussischen Staates erschütternde Ereignis wurde möglich, ohne die vielen und kräftigen Rippenstöße wie beim Bergarbeiterstreik der Mißvergleute, wo ja nach dem allgemeinen Anstrome eine Stellungnahme für die Ausständigen mehr in der Theorie als in der Praxis erfolgte. Beim Studentenstreik in Hannover sprach der Kultusminister aber tatsächlich den Ausständigen bei: die Befragungen der beiden Relegierten wurden in Verweise umgewandelt und die „academische Freiheit“ anerkannt; die Studenten nahmen daraufhin die „Arbeit“ wieder auf. Wir Arbeiter aber freuen uns über diesen Witterungsumschlag in den höheren Regionen, denn in Preußen ist bekanntlich jeder vor dem Gesetze gleich, mitbin doch auch jeder Ausständige vor der Regierung. . . . Heil uns!

Briefkasten.

D. in Köln-Chrenfeld: Der Postbeamte ist im Irrtum; am Anfang des Quartals kann allerdings nur für ein Vierteljahr abonniert werden, dann aber zu Beginn des zweiten Monats für zwei und am Anfang des dritten Monats für einen Monat. Es ist schon eine ganz beträchtliche Zahl von Abonnenten für zwei bzw. einen Monat vorhanden. — **F.** in Odersleben: Wir erweisen Ihnen sicher den größten Gefallen, wenn wir Ihre „Berichtigung“ nicht aufnehmen, denn das anguführende Schwänzchen würde Sie nicht sonderlich erbauen. Fraglicher „Ansin“ ist nämlich nach dem Berichte über die betreffende Gerichtsverhandlung verfaßt, die markantesten Stellen haben wir sogar unbeachtet gelassen. Wir nehmen also nur Notiz davon, daß für die Buchdrucker die Verhältnisse bei der Firma W. Eichel sich gebessert haben. — **H. S.** in Hanau: Vor vierzehn Tagen gar nicht daran zu denken, da Stoffandrang sehr groß. — **G. Sch.** in Stuttgart: Besten Dank, wäre uns auch lieber, geben Sie Ihren Delegierten einen Rippenstoß. — **M. F. G.** in Vachen: Wir haben Ihre „Offenen Briefe“ an den Karlsruher Vorstand gelaßt; warum sollten wir damit erst den „Corr.“ belasten? Ihr Zorn ist wohl mit der Ueberfendung des Briefes erreicht. — **Es.**: Vom Vorliegenden sind die statistischen Angaben gestrichen, von uns das Uebrige. — **u.** in Leipzig: Sie müssen sich in diesem Falle schon etwas Meinungsunterdrückung gefallen lassen. Es ist uns ja einleuchtend, daß Sie insolge der Vorgänge in den letzten Wochen lebhaft wünschen, auch die Stimmung jener Kollegen, welche mit dem heutigen „Systeme“ in Leipzig nicht einverstanden sind, im „Corr.“ zum Ausdruck zu bringen; wir glauben aber dem Verbands einen größeren Dienst zu erweisen, wenn wir Ihre Einsendung ablehnen und so für unsern Teil alles vermeiden, was der naturgesetzmäßigen Entwicklung der Leipziger Verhältnisse schaden könnte. Es kommen in Leipzig auch wieder andere Zeiten; das war früher schon so, warum soll dies in der Zukunft anders sein? — **H. W.** in E.: Wird aufgenommen. — **G. H.** in Heilbronn: Das ist doch keine Berichtigung, wenn Sie sagen, der betreffende Einsender habe seiner Freude Ausdruck geben wollen über die baldige Auflösung der Auskunftsstelle der Vereinigten Gewerkschaften. Im übrigen haben wir ja selbst richtigstellend eingegriffen, wie Sie zugeföhrt. Ebenso trifft Sie keine Schuld, daß im „Corr.“ 116 statt 161 gestanden hat. Damit ist die Sache für uns erledigt.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Oergau. Bei der kürzlich veranstalteten Umfrage haben sich sämtliche Bezirksvorstände dafür erklärt, daß der diesjährige Ordentliche Gantag erst nach der Generalversammlung stattfindet. Alles darauf bezügliche wird zur gehörigen Zeit bekannt gegeben.

Bezirk Bentzen (D.-Schl.) (Maschinenseher.) Im Anschlusse an die Bezirksversammlung am 5. März in Königs-Hütte findet in demselben Lokale eine Zusammenkunft sämtlicher Maschinenseher des Bezirks statt. Die Verbandskollegen werden ersucht, dies auch etwaigen Nichtmitgliedern oder Gutenbergsbündlern mitteilen zu wollen, um sie um ihr Erscheinen zu ersuchen.

Bezirk Bogum. Der Bezirksvorstand besteht aus folgenden Kollegen: Emil Albrecht, Biemelhauserstr. 33, erster Vorsitzender; Adolf Tietz, zweiter Vorsitzender; Jean Brucha, Mühlentstraße 15, Kassierer; Joh. Widler, erster Schriftführer; Jakob Müller, zweiter Schriftführer und Bibliothekar.

Bezirk Hagen. Die Seher Friedrich Ahrens aus Wittingen i. H. und Wilhelm Bethge aus Voitzsch (Kreis Wolmirsdorf) werden ersucht, sich umgehend mit dem Kassierer August Steinmann, Langestraße 28, II, in Verbindung zu setzen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird.

Bezirk Halberstadt. Unsere diesjährige Frühjahrss-Bezirksversammlung findet Sonntag den 9. April im „Alten Schützenhause“ in Wernigerode statt. Anträge zu derselben sind bis zum 19. März an den Kollegen H. Kruse in Halberstadt, Hinter der Mägen 17, einzujenden.

Chemnitz. (Maschinenseherverein Erzgebirge-Vogtland.) Infolge Wegzuges des Kollegen Bill wurde der

Kollege Fr. Claus hier selbst, Lutherstraße 28, zum Vorsitzenden gewählt.

Kaffatt. Die Herren Verbandsfunktionäre werden dringend ersucht, den Seher Albert Welzel von hier zu veranlassen, seine Adresse umgehend an den Ortsvereinsvorsitzenden einzufenden.

Zwickau. Der Seher Artur Eiskner aus Görtz wird hiermit aufgefordert, seine Beitragsbesche nach hier sofort zu begleichen; desgleichen die von bekannten Kollegen erhaltenen Beitragsgeber unverzüglich nach hier einzujenden, widrigenfalls Anzeige erfolgt. Des weitern wird der Drucker Adam Hahn aus Marienbad i. B., angeblich nach Upolda in Kondition gereift, zur Einwendung seiner Adresse behufs Regelung bekannter Angelegenheiten aufgefordert. Die Herren Verbandsfunktionäre werden ersucht, beide Kollegen auf Vorstehendes aufmerksam zu machen.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Neubabelsberg die Seher 1. Willi Katt, geb. in Grevesmühlens 1883, ausgel. in Stargard i. M. 1904; 2. Alfred Schulz, geb. in Grünberg i. Schl. 1885, ausgeleert das. 1903; waren noch nicht Mitglieder. — Otto Sendle in Brandenburg a. H., Plauerstraße 14.

Arbeitslosenversicherung.

Brandenburg a. H. Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, dem Seher Gustav Deutter aus Fürtz die Hauptbuchnummer 44027 und dem Seher Bernh. Gawißka aus Wien statt Nr. 53152 die Nummer 53329 einzutragen.

Glogau. Die Herren Verwalter werden gebeten, dem auf der Reise befindlichen Seher Anton Chovanek aus Brunn (Gautz-Nr. 26615) den hier am 2. Februar erhaltenen Voranschlag von 2 Mk. in Abzug zu bringen (war auf der Legitimation vermerkt) und portofrei an F. Döjig, Mohrenstraße 20/21, II, einzujenden.

Ludwigshafen a. Rh. Als Reisekassierverwalter fungiert Kollege Math. Seiwert.

Günstig für Anfänger!

Buchdruckerei, vorzügliche Schnellpresse, 60 x 82 (B. & H.), 2 Flegelrührer, Elektro-, Radschneidmaschine (König), 5 Schriftregale reichl. Schriftmaterial usw. usw. 4000 Mk.

Auch einzeln.

Buchdruckerei Berlin, Widenstr. 7. [698]

Patentverkauf oder Lizenzerteilung!

Der Inhaber des D. R.-P. Nr. 96908, betreffend e. „**Pneumatischen Sogenanlagen**“, wünscht seine Patentrechte an inländische Fabrikanten abzutreten bzw. letzteren Lizenz zur Fabrikation zu erteilen und bittet gefällige Anerbieten an das Patentbureau Robert H. Schmidt, Inhaber Patentanwalt Paul Müller, Berlin SW 11, Königgrätzerstraße 70, gelangen zu lassen. [694]

Verkauf 5 Jahrg. der „Schweizer Graphischen Mitteilungen“ (1899 bis 1904) zum Preise von 12 Mk. E. B., Wittweida i. S., postlagernd.

Für Schriftseher.

Eine angesehenere Feuerversicherungs-Gesellschaft sucht in allen Städten Deutschlands unter sehr günstigen Bedingungen

tätige Agenten.

Werte Offerten unter A. E. 3612 an Rudolf Hoffe, Erfurt, erbeten. [691]

Akzidenzsetzer.

Ich suche zu alsbaldigem Eintritte einen tüchtigen Akzidenzsetzer, der mit der modernen Richtung durchaus vertraut ist. Es wollen sich nur jüngere sächsisch-deutsche Herren melden mit Angabe der Gehaltsansprüche unter Befolgung selbstgefertigter Proben und der Originalzeugnisse. Saulgau, Württg. (5000 Einw.). Otto Bachmann. [692]

Tüchtiger

Typographseher

unter Angabe der Gehaltsansprüche sofort gesucht. Werte Offerte an das „Echo vom Niederrhein“ Duisburg, erbeten. [700]

Schriftseher

für amerikanische Drillingmaschine, selbständ. saubere Arbeiter wird sofort für Leipzig gesucht unter Nr. 692 durch die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Tüchtige Justierer

an exakte Arbeit gewöhnt, zum möglichst baldigen Eintritte in dauernde Kondition gesucht. Gauerische Sieberei, Frankfurt a. M. [693]

An die Mitglieder des Vereins

Leipziger Buchdrucker- und Schriftsehergehilfen!

Anlässlich der bevorstehenden Gauvorstandswahl ist es wohl nötig, daß die Mitglieder des Vereins sich die Frage vorlegen, ob der in der letzten Mitgliederversammlung aufgestellte Kollege Engelbrecht als erster Vorsitzender fernerhin noch als geeignet erscheint. Die Unterzeichneten können dies nicht bejahen, und zwar aus folgenden Gründen:

1. weil er die Versammlungen zu persönlichen Reibereien und zum Herunterreißen ehrenwerter Kollegen benutzt;
2. weil er durch sein Auftreten gegen die Mitglieder und durch Mißachtung der Geschäftsordnung es den Mitgliedern unmöglich macht, sich in sachlicher Weise an den Beratungen zu beteiligen.

Die Unterzeichneten richten daher an die Kollegen, welche gewillt sind, daß in unseren Versammlungen wieder ein ruhiges Arbeiten Platz greife, und welche an tumultuarischen Versammlungen keinen Geschmack finden, das Ersuchen, gegen die bisherige Geschäftsführung des Kollegen Engelbrecht dadurch zu demonstrieren, daß sie seinen Namen auf der ihnen zugegangenen Kandidatenliste streichen.

Stimmzettel mit weniger als dreizehn Namen sind gültig!

Erklären wollen wir noch, daß nicht persönliche, sondern lediglich das Wohl des Vereins bezweckende sachliche Gründe uns leiten, weshalb wir die in letzter Zeit uns gegenüber gemachten Unterstehungen als Verwächtigungen zurückweisen. [699]

Im Auftrage gleichgesinnter Kollegen:

Karl Knoll, G. Schäfer, A. Schubert, M. Borwck, F. Böhauer.

EINLADUNG

zur Feier des

26. Stiftungsfestes des Gesangsvereins „Gutenberg“

Halle a. d. Saale

Sonntag den 4. März, abends 8 1/2 Uhr

im grossen Saale der „Kaisersäle“, bestehend in Konzert und Ball. [690]

Der Vorstand.

Für unsre [696]

Galvanoplastik

suchen wir noch einen **Prüger** und **Abeder** sowie einen **Richter** u. **Fertigmacher**. Nur tüchtige Kräfte wollen Zeugnisse und Gehaltsansprüche einfinden an **Schriftsehererei Genssch & Henze**, Hamburg 22.

Tüchtiger

Schriftseherfaktor

in allen Fächern bewandert und geföhrt auf gute Zeugnisse, wünscht sich zum 1. April zu verändern. Werte Offerten unter O. 687 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Für unsre [695]

Akzidenzseher

wie auch **Statt im Anfertigen, Werk- und Katalogen**, such. geföhrt auf Primärzeugnisse, in Mittel- oder Süddeutschland dauerndes Engagement. Werte Offerten erbeten unter D. Nr. 686 an die Geschäftsst. d. Bl.

Tücht. Stereotypen u. Galvanoplastiker

sucht, gest. a. gute Zeugn., jof. Stell. Werte Off. an F. Hoffka, Breslau, Schießwerderstr. 41.

Soeben gelangte zur Ausgabe: **Praktische Anleitung zum Abfassen von Verwerbungsbriefen für Schriftseher, Buchdrucker und verwandte Berufsstände.** Bearbeitet und mit einer Anzahl Musterbriefen versehen von G. Angerstein u. B. Lange. Preis 60 Pf. bei freier Zusendung. [598] Julius Meiser, Leipzig 9.

Schriftsetzer!

Gegen offene **Beinschäden** sind schon tausend Mittel vergeblich gebraucht worden, während das billige und zugleich wirksame Mittel

Borschl-Streupulver

ist, welches mit gleich vorzüglichem Erfolge gegen dieses Leiden als auch gegen **Schweißfuß** usw. benutzt wird. Zu haben in allen Apotheken und Drogerien. Probebeutel gegen Einsendung von 20 Pf. [121] Fabrikant: **Gemliche Fabrik, Dahme (Markt).**

Brandenburgischer Maschinenseher-Verein

Sitz Berlin. Sonntag, 5. März, vormittags 10 Uhr, in Saal III des **Gewerkschaftshauses**, Engel-ufer 15:

Verammlung.

Z. D. 1. Vereinsmitteilungen; 2. Neuaufnahmen; 3. Technisches; 4. Beschiedenes. Die verehrt. Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand. [688]

Maschinensehervereinigung Gau Dresden.

Sonntag den 5. März, vorm. 11 Uhr: Monatsversammlung in Adams Restaurant. [689]

Dresden Masch.-Verein Dresden

Sonntag den 5. März, vorm. 11 Uhr: Monatsversammlung in neuen Vereinslokale. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand. [683]

Johannes Ruppel

aus Hirschfeld möge sofort wegen wichtiger Mitteilung seine Adresse angeben. Z. Zeitungsdrucker, Hirschfeld. [701]

Sylvester Kiening

Am 26. Februar verstarb nach langem Leiden unser wertres Mitglied, der Setzer

Sylvester Kiening

aus Massenhausen im 26. Lebensjahre. Möge ihm die Erde leicht sein! Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Offertenbriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des **Corr.** (Morand Hofler), Reichstr. 8, zu senden. Erschienenbriefe ohne Bezeichnung können nicht befördert werden. Die Geschäftsstelle des **Corr.**